

|                     |                                                                                            |
|---------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zeitschrift:</b> | Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes |
| <b>Herausgeber:</b> | Schweizerischer Gewerkschaftsbund                                                          |
| <b>Band:</b>        | 44 (1952)                                                                                  |
| <b>Heft:</b>        | 6-7                                                                                        |
| <b>Artikel:</b>     | Schiffbruch der Staatsgewerkschaften in der Tschechoslowakei                               |
| <b>Autor:</b>       | Barton, Paul                                                                               |
| <b>DOI:</b>         | <a href="https://doi.org/10.5169/seals-353545">https://doi.org/10.5169/seals-353545</a>    |

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 24.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Schwestern rapid gestiegen sind. Der aufrichtige Helferwille allein genügt nicht mehr; er muß stets auch von einem soliden Wissen untermauert sein, soll die Schwester wirklich Stütze des Arztes sein können. Zwar ist die Schulung in den erwähnten anerkannten Krankenpflegeschulen streng und gewissenhaft. Sie kann aber gewissermaßen nur der ersten Ausbildung dienen. Um nun jedoch auch das Wissen von ausgelernten Schwestern, die zum Beispiel auf den höheren Posten einer Oberschwester vorrücken wollen, zu vertiefen und zu ergänzen, wurde im Jahre 1950 ein Gedanke verwirklicht, der in Schwesternkreisen schon lange als Wunsch wirksam war. In Zürich wurde eine Rotkreuz-Fortbildungsschule gegründet, wo sich die Krankenschwestern in einem fünf Monate währenden Kurs für leitende Stellungen vorbereiten können. Katholische Schwestern, Diaconissen und nicht an einen Orden gebundene freie Schwestern pflegen hier bei gemeinsamen Studien einen — wie sich zeigte — befruchtenden Gedankenaustausch, der dann vor allem dem Kranken selbst zugute kommt.

Alle diese Einrichtungen, die ein Spiegel des sozialen Niveaus unseres Landes sind, erfordern jedoch erhebliche Geldmittel vom Schweizerischen Roten Kreuz, dessen weiter Pflichtenkreis ja nicht mit der Schwesternausbildung erschöpft ist. Um nun dieser Institution ihr für alle Volksschichten heilsames Wirken zu ermöglichen, fand Mitte Mai eine Sammlung von Naturalien und ein *Abzeichenverkauf* statt. Es handelt sich hier ja um ein großes Werk von umfassender und allgemeingültiger Bedeutung. Denken wir dabei nur an das Wort des großen Polarforschers und Menschenfreundes Frithjof Nansen, der einmal den zutiefst wahren Satz prägte: «Der Prüfstein wahrer Kultur sollte das Solidaritätsgefühl sein!»

*Herbert Gröger.*

## Schiffbruch der Staatsgewerkschaften in der Tschechoslowakei

Hat man die ruhmlose Rolle im Auge, die den Gewerkschaften im Stalinschen Russland zukommt, so wirkt es vielleicht gar nicht entfremdend, wenn die führenden Männer des Tschechoslowakischen Metallarbeiterverbandes heute erklären:

Wir werden uns in unseren Betrieben von der kollektiven Unverantwortlichkeit, die dort meistens herrschte, befreien und das System der persönlichen Verantwortung einführen... Der Gewerkschaftsorganisation fällt bei der Herstellung der Ordnung in den Betriebsleitungen die Aufgabe zu, eine derartige politische Atmosphäre auf allen Arbeitsstätten zu schaffen, dass dadurch der Direktor und seine Mitarbeiter unterstützt werden. (*Hospodár*, 11. 10. 1951.)

Nun, die tschechischen Gewerkschaftsführer pflegten noch unlängst eine ganz andere Sprache zu sprechen. Vor zirka zwei Jahren, auf dem letzten Gewerkschaftskongress, hat der Ministerpräsident, *Antonin Zapotocky* — damals noch Vorsitzender des *Zentralrats der Gewerkschaften* — dasselbe Problem folgendermassen behandelt:

Wir gehen namentlich in der Produktion von der sogenannten kollektiven Verantwortlichkeit — bei der letzten Endes niemand entschied oder alle entschieden, bei der sehr häufig jeder eine andere Entscheidung fasste und niemand dafür verantwortlich war — zur persönlichen Verantwortung über. Manche jedoch betrachten diese, als ob sie ihnen das Recht gäbe, diktatorisch und unverantwortlich zu entscheiden, ohne jede Kontrolle zu wirtschaften, Massnahmen zu treffen, ohne sie vor wem auch immer zu begründen oder ihre Unentbehrliechkeit zu erklären. Deshalb brauchen wir die Wachsamkeit, brauchen wir die Kritik und die Autokritik, brauchen wir die Kontrolle durch die Massen. Verleihen wir den einzelnen das Recht des persönlichen Entscheidens in der Produktion, müssen wir von ihnen um so mehr erheischen, dass sie mit voller Verantwortung handeln und sich der Kontrolle unterziehen. Diese Kontrolle wird vor allem die Gewerkschaftsorganisation ausüben. (*Práce*, 12. 10. 1949.)

Zwischen diesen beiden Erklärungen liegt eine Kluft. Die prominente Stellung, die sich die kommunistischen Gewerkschaftsführer in der tschechoslowakischen «Volksdemokratie» seinerzeit angeeignet haben, ist ganz offenbar zerschlagen worden. Einst fühlten sie sich als souveräne Herren in den Fabriken, heute sind sie politische Laufburschen des Direktors und sogar «seiner Mitarbeiter» geworden. Einst massten sie sich an, den Direktoren das Recht des persönlichen Entscheidens zu «verleihen», heute bescheiden sie sich damit, die möglichst günstige «Atmosphäre» für die Verwirklichung der persönlichen Entscheidungen des Herrn Direktors zu schaffen. Einst erhoben sie den Anspruch auf die Kontrolle der Tätigkeit der Direktoren, heute überlassen sie alle Kontrolle der Regierung, in der die Direktoren soeben festen Fuss gefasst haben; bei der am 7. September dieses Jahres durchgeföhrten Regierungsumbildung wurden nämlich die Produktionsministerien in einem hohen Masse an die Betriebsdirektoren ausgeliefert. Und die Gewerkschaften selbst müssen sich diesen Ministerien unterwerfen:

Unsere einheitliche Gewerkschaftsbewegung wird die Struktur ihrer Verbände der neuen Verteilung der Ministerien anpassen. Das bedeutet, dass man grosse Verbände aufteilen wird, namentlich die der Arbeitnehmer in der Metallindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, im Bauwesen, im Transport, im Handel, kurz überall, wo es nötig ist, damit jeder Verband lediglich die Arbeitnehmer eines Wirtschaftssektors vereinige, der einem einzigen Ministerium untersteht... Durch diese Reorganisierung wird die Anzahl der Verbände der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung von

den bisherigen 21 auf 31 steigen. Die bisherige Zentralisation der Gewerkschaftsbewegung wird beträchtlich gelockert werden... Das Schwerpunkt des operativen und wirtschaftlichen Entscheidens wird sich vollkommen in die Verbände verschieben. (*Hospodár*, 25. 10. 1951.)

Die beiden Massnahmen, die Anpassung an die Verteilung der Regierungsportefeuilles und die weitgehende Verselbständigung der Verbände, hängen offensichtlich zusammen: Wurde bisher die Tätigkeit jedes Verbandes durch die allgewerkschaftlichen Organe gelenkt und überwacht, so wird sie jetzt unter die Kontrolle des zuständigen Ministeriums fallen. Die Wirtschaftsmagnate unterjochen daher die Gewerkschaftsorganisation nicht nur in ihrer Eigenschaft als Betriebsdirektoren, sondern auch vermittelst der Produktionsministerien, die sie erobert haben. Wie entfernt scheint heutzutage die Definition des Verhältnisses zwischen den Gewerkschaften und der Regierung zu sein, die Zapotocky auf dem letzten Gewerkschaftskongress gab:

Auf der ersten allgemeinen Gewerkschaftskonferenz im Januar 1946 fühlten wir die Notwendigkeit, darauf aufmerksam zu machen, dass unsere positive Einstellung der Regierung gegenüber nicht daran gebunden ist, dass es eine Regierung der Nationalfront ist, in der die drei sozialistischen Parteien vertreten sind. Als eine freiwillige Organisation der Lohnempfänger, die sich in einem Klassengegensatz zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung befinden, haben wir zu der Regierung der Nationalfront eine positive Einstellung nur eingenommen, da diese versprochen hat, das privatkapitalistische Unternehmen zu beschränken und den Weg zum Sozialismus zu ermöglichen... Wir haben erklärt: Wir werden jede Regierung unterstützen, die auf den Sozialismus hinzielen wird, aber wir könnten keine Regierung unterstützen, die den Entwicklungsprozess zur Sozialisierung hemmen oder sabotieren möchte... Auch die heutige positive Einstellung der *Revolutionären Gewerkschaftsbewegung* gegenüber der Regierung der regenerierten Nationalfront wird nicht dadurch diktiert und hängt nicht davon ab, dass in der Regierung soundsoviele Vertreter der Gewerkschaftsbewegung sind... Ich glaube, dass auch unser heutiger Kongress diesen prinzipiellen Standpunkt gutheissen und nichts daran ändern wird: die *Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung* wird jede Regierung unterstützen, die den weiteren Aufbau des Sozialismus in unserem Lande anstreben wird, aber sie könnte keine Regierung unterstützen, die den Aufbau des Sozialismus hemmen und verraten möchte. (*Práce*, 12. 12. 1949.)

Alle diese Probleme sind inzwischen rein akademisch geworden. Niemand braucht sich heute den Kopf mit der Frage zu zerbrechen, ob die Gewerkschaftsorganisation wegen ihrer eigenen Führer, die Ministerposten bekleiden, oder aber aus einem prinzipiellen Grunde die Regierung unterstützt; es gibt keine Gewerkschaftsführer in der Regierung mehr. Schon ein paar Monate nach dem letzten Gewerk-

schaftskongress mussten nämlich alle drei Gewerkschafter, die in der Regierung sassen, ihre leitenden Gewerkschaftsfunktionen aufgeben: der Ministerpräsident, *Antonin Zapotocky*, die des Vorsitzenden des *Zentralrats der Gewerkschaften*, der Minister der Arbeit und der Sozialfürsorge, *Eugen Erban*, die des Generalsekretärs und der Industrieminister, *Gustav Kliment*, die des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes. Und heute, da sie nur noch *ehemalige* Gewerkschaftsführer sind, werden sie allmählich aus der Regierung selbst verdrängt. So wurde *Kliment* im vergangenen Frühjahr in die bescheideneren Funktion des Ministers der Schwerindustrie zurückgesetzt und bei der jüngsten Regierungsumbildung am 7. September 1951 nur noch mit dem Ministerium des schweren Maschinenbaus betraut, während *Erban* bei dieser Gelegenheit aus der Regierung völlig ausgeschieden ist. Was *Zapotocky* betrifft, der bleibt zwar immer noch Regierungschef, und auch im neugeschaffenen Politbüro figuriert er an der zweiten Stelle, unmittelbar nach dem Präsidenten, Gottwald; aber sein effektiver Einfluss geht bereits stark zurück. Würde jemand heute noch die Frage stellen, was für Beweggründe die Gewerkschaften zur Unterstützung der Regierung haben, da müsste die Antwort lauten: jeder Gewerksverein bekommt die Befehle vom zuständigen Ministerium.

Wie paradox es auch auf den ersten Blick erscheinen mag, diese Verdrängung der Gewerkschaftsführer ist die Folge davon, dass sich die Arbeiterklasse mehr und mehr zum Wort meldet. Das Paradoxe ist nur scheinbar. Es handelt sich doch in der heutigen Tschechoslowakei um keine autentische Gewerkschaftsorganisation, sondern um stalinistische Staatsgewerkschaften, die die Arbeiter nur organisieren, um sie den Anforderungen des Kapitals — des Staatskapitals — gefügig zu machen. Die zunehmende Selbstbehauptung der Arbeiterklasse schliesst also die Zurückdrängung derartiger Gewerkschaften keineswegs aus.

Es gab freilich eine Zeit, wo der Widerstand in den Fabriken die Stellung der Gewerkschaftsführer nur verstärkte. In der ersten Zeit nach ihrer Machtübernahme glaubten nämlich die Prager Stalinisten, dass sie mit der Arbeiterschaft ganz einfach mit Terror- und Einschüchterungsmitteln fertig würden. Sie haben dabei die Intelligenz und die Widerstandsfähigkeit der tschechischen Arbeiter nicht richtig beurteilt. Diese haben zwar dadurch reagiert, dass sie den offenen Zusammenstößen mit dem Terrorapparat möglichst auswichen, dafür aber haben sie alle auf ihre zunehmende Ausbeutung hinzielenden Massnahmen durch eine systematische passive Resistenz vollkommen zersetzt. Die Versuche, die Arbeitszeit zu verlängern und die Arbeitsintensität zu steigern, wurden so durch einen immer stärkeren «Absentismus» beantwortet, die angestrebte Verschärfung des Fabrikregimes und der Disziplin rief eine gesteigerte «Fluktuation» der Arbeiter von einer Fabrik zur andern hervor, die Einführung

des Stachanowismus hatte häufiges Verprügeln der Stachanowisten zur Folge usw. Zugleich wurde das Regime durch die fortwährend zunehmenden Tributpflichten gegenüber Moskau gezwungen, seinen Druck auf die Arbeitskraft zu verstärken und ihre Resistenz um jeden Preis zu zermürben.

In dieser Lage hat man sich an die inzwischen schon stark verdorrten Gewerkschaften erinnert. War die Widerstandsfähigkeit der Werktätigen zu hartnäckig, um durch polizeiliche Methoden gebrochen zu werden, so lag es auf der Hand, dass man sie eher durch eine tägliche Tätigkeit der allgegenwärtigen Gewerkschaftsorganisation erschöpfen könne. Der Unterschied zwischen den Polizeimethoden und den Methoden der Staatsgewerkschaften ist wesentlich der zwischen einer nachträglichen Repression und einer präventiven Vorbeugung. Während die Polizei erst eingreift, nachdem schon ein Konflikt zu stande gekommen ist, können die Organe der Staatsgewerkschaften versuchen, dem drohenden Konflikt vorzubeugen. Indem Zapotocky auf dem letzten Gewerkschaftskongress seiner Organisation den Segen zu dieser neuen Mission gab, erklärte er:

Wie wollt ihr erklären, dass es in einer Reihe von Betrieben bei der Einführung neuer Arbeitsnormen zu Konflikten und Missverständnissen kommt? Dies geschieht nur, weil weder die Gewerkschaftsorganisation noch die Betriebsleitung die Belegschaft ihrer Fabrik darüber informiert hat, weil Versammlungen nicht einberufen wurden, weil man die ganze Angelegenheit nicht klargestellt, nicht mit den Arbeitern durchdiskutiert, weil man sie diesen nicht gebührlich erklärt hat. Das wird erst unternommen, nachdem ein Konflikt ausgebrochen ist. Erst dann alarmieren wir unseren ganzen Funktionärapparat, erst dann wird hastig und ausser Atem nachgeholt, was im voraus gemacht werden sollte und was man vergass. (*Práce*, 12. 12. 1949.)

Wurde damals den Gewerkschaften eine so wichtige, ja lebenswichtige Funktion anvertraut, da versteht man schon besser die anmassenden Töne, die ihre Führerschaft bei dieser Gelegenheit in bezug auf die Betriebsleitungen und auf die Regierung anstimmte. Ja, Zapotocky ging noch weiter und predigte die Selbständigkeit seiner Organisation sogar der Staatspartei gegenüber:

Wenn die vereinte Gewerkschaftsbewegung und ihre Aktionen mit den Aktionen und Forderungen der Kommunistischen Partei im Einklang standen, wenn die Gewerkschaften die Politik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und ihres Vorsitzenden Klement Gottwald guthiessen, so bedeutete es keineswegs, dass die *Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung* auf ihre Selbständigkeit verzichtet und sich der Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei untergeordnet hätte... Seit dem Kriegsende hat die Gewerkschaftsbewegung angefangen, ihre eigene sozialistische Politik zu machen. Diese sozialistische Politik hat zu einer engen Mitarbeit mit der Kommunistischen Partei geführt. (*Práce*, 12. 12. 1949.)

Es handelte sich da um keine leeren Worte. Der Mann, der dies erklärte, stand an der Spitze einer Organisation, die mehr als 3 Millionen Mitglieder oder fast doppelt soviel als die Partei zählt, deren Apparat grösser und besser ausgebaut ist als der Parteiapparat und die über ihre eigene Polizei, die bewaffneten Betriebsmilizen, verfügt. Da musste das Regime rasch reagieren, bevor sich derartige Ideen völlig herauskristallisieren und in das Bewusstsein der Arbeiterschaft übergehen würden. Vier Monate später, an der ersten Plenarsitzung des *Zentralrats der Gewerkschaften* nach dem Kongress, wurden die Referate nicht mehr wie üblich vom Vorsitzenden *Zapotocky* und dem Generalsekretär *Erban* vorgetragen, die beide nur noch in der Debatte das Wort ergreifen konnten. Und weitere zwei Monate später, bei der zweiten Plenarsitzung dieses Organismus, haben sie beide \* ihre Demission unterbreitet, mit der Erklärung, dass ein Regierungspaktefeuille mit einer leitenden Gewerkschaftsfunktion unvereinbar sei, da «es sehr viele Fälle gibt, wo die Staatsverwaltung und die Gewerkschaftsorganisation sich als Verhandlungspartner gegenüberstehen» (*Odborar* 14.7.1951). Das Argument, dessen sich die Gewerkschaftsführer zur Behauptung ihrer Unabhängigkeit ansprüche bedienen wollten, hat man also gegen sie selbst ausgespielt. Während der sechs Monate, die vom Kongress bis zu ihrem Verzicht auf die Gewerkschaftsfunktionen verflossen, spielte sich in den Kulissen ein zähes Ringen ab, in dem sich *Zapotocky* und noch mehr *Erban* bemühten, ihre Stellung an der Spitze der Gewerkschaften zu retten und eher die Ministerposten aufzugeben. Umsonst. Denn die übrigen Teile der herrschenden Kaste — der Parteiapparat, die Polizei, die Regierung, die Direktoren usw. — wussten ebenso gut wie sie selbst, dass ihre Stärke einzig und allein in der Gewerkschaftsorganisation lag und dass man ihre Anmassung nur brechen kann, wenn man ihnen diese Stütze entzieht. Bezeichnenderweise wurde *Erban*, der bekanntlich der Hauptträger der «syndikalistischen Abweichung» war, am schwersten betroffen. Er sah sich gezwungen, eine erniedrigende Erklärung, eine Art «Autokritik», abzugeben, die unter dem Titel «Wir haben gelernt, die Kommunistische Partei zu ehren und hochzuschätzen» veröffentlicht wurde und in der er unter anderem sagte:

Vergessen wir nicht, dass unsere Kräfte, unser bester Wille und die Grösse unserer Organisation nicht viel tun könnten, fände sich nicht an der Spitze unseres Kampfes die wichtigste Kraft und Garantie unseres Sieges, das heisst die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei und unser werter Genosse Präsident Gottwald. (*Odborár*, 14. 7. 1951.)

---

\* Der Industrieminister *Klement* hat aus seiner Funktion des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes bei der ersten darauffolgenden Sitzung des Zentralausschusses dieses Verbandes demissioniert.

Die Kommandoposten in den Gewerkschaften wurden dann ganz unbedeutenden und ziemlich unbekannten Leuten anvertraut. Die Gewerkschaftsorganisation schien endlich befähigt, ohne jeden Hintergedanken sich ausschliesslich der ihr zugedachten Aufgabe zu widmen: die Obstruktion der Arbeiter mühelos zu zermürben, ihr Klassenbewusstsein zu zersetzen und alle Konflikte in den Fabriken präventiv zu verhüten. Nur sollte es sich bald herausstellen, dass die unteren Kader der Gewerkschaften für diese neue Rolle kaum geeignet waren. Zwar hatte sie die Partei sorgfältig gewählt und dressiert, doch war es für sie zu starker Tabak, wenn sie jetzt derartige Massnahmen wie zum Beispiel eine allgemeine Herabsetzung der Akkordsätze den Arbeitern aufzwingen sollten.

Ihre Bedenken und ihre ratlose Unschlüssigkeit steigerten sich um so mehr, als der Widerstand in den Betrieben, dem sie ja entgegenwirken sollten, einen ganz unerwarteten Aufschwung verzeichnete. Die im Sommer eingeführte Revision der Leistungsnormen blieb ergebnislos. Seit September fand eine beträchtliche Verlangsamung der Arbeit in allen Kohlengruben statt, die — von den Bergleuten selbst als Sitzstreik bezeichnet — bis zum Ende des Jahres dauerte. Dank dem unaufhörlichen Druck auf ihre Vorgesetzten, auf die Werkmeister wie auf die Direktoren, erzwangen sich die Arbeiter zahlreiche vorschriftswidrige Lohnerhöhungen, so dass der «schwarze Ueberbau» der Löhne im Frühjahr 1951 auf einen Drittel der ausbezahlten Lohnsumme offiziell geschätzt wurde. Die dann 1951 nachfolgenden Massnahmen, die diese Aufwärtsbewegung der Löhne zum Stehen bringen sollten, schlugen fehl. Die Abschaffung der Zusatzrationen für die Schwerarbeiter und die neue Revision der Leistungsnormen im Sommer 1951 entfesselten eine ganze Welle von Protesten und von Streiks, die darüber hinaus in sehr vielen Fällen siegreich erfochten wurden. Die steigende Kurve dieses Widerstandes wird einerseits durch seine immer sichtbareren Auswirkungen in der Planerfüllung gekennzeichnet, andererseits durch die Tatsache, dass er immer offenere und direktere Formen annimmt: Während in der Tschechoslowakei wieder gestreikt wird, sind die «Fluktuation» und der «Absentismus», vor zirka zwei Jahren noch Hauptwaffen des Arbeiterwiderstandes, zu blossen Begleiterscheinungen geworden.

Die Vertrauensleute der Staatsgewerkschaften, die die Arbeiter zügeln sollten, wurden durch diese neue Welle der Kampflustigkeit der Arbeiterklasse ganz beiseitegeschoben. An präventive Verhinderung der Konflikte durch diese armen Teufel kann niemand mehr ernsthaft denken. Vielmehr entstand die Gefahr, dass die Arbeiterchaft den Staatsgewerkschaften endgültig den Rücken zeigen wird, um ihre organisatorische Zusammenfassung auf neuen, illegalen Wegen zu suchen.

Ein neuer Auftakt der Verdrängung von ehemaligen Gewerk-

schaftsführern und Befürwortern der Autonomie der Gewerkschaftsorganisation ist durch diese Entwicklung nicht nur möglich, sondern auch nötig geworden. Wie bereits erwähnt, ist es wieder der ehemalige Generalsekretär *Eugen Erban*, der am schwersten betroffen wird: er schied jetzt auch aus der Regierung aus, und dies ohne jede Erklärung, ohne ein einziges Wort der Anerkennung für die geleisteten Dienste und ohne eine andere Funktion zu erhalten. Seine bereits zitierte Absage an die politische Selbständigkeit der Gewerkschaften hat ihn nicht gerettet. Wie gewöhnlich, diese «Autokritik» wurde nicht angeordnet, «um den Sünder auf den rechten Weg zu bringen, damit er die Erlösung erlange», sondern um ihn von den Gleichdenkenden zu isolieren und so später dann leichter erledigen zu können.

Dem bedrohlich fortschreitenden Arbeiterwiderstand entgegen begann sich das Regime in aller Eile zurückzuziehen. In den seit Anfang Oktober 1951 im Gang befindlichen Wahlen der zwei untersten Stufen der Gewerkschaftskader hat man die bisher übliche Aklamation durch geheime Wahl ersetzt, wobei die Arbeiter das Recht erhielten, die offiziellen durch ihre eigenen Kandidaten zu ersetzen. Und bevor noch diese Wahlen zu Ende waren, musste ein anderes bedeutendes Zugeständnis dem Arbeiterwiderstand eingeräumt werden: in den schlesischen Kohlenminen, wo dieser eben am heftigsten war, hat die Regierung eine wichtige Lohnerhöhung dekretiert. Wie seinerzeit die polizeiliche Methode der nachträglichen Repression fehlgeschlagen hatte und der staatsgewerkschaftlichen Methode der präventiven Verhinderung der Konflikte Platz machen musste, so hat jetzt die Stunde der Konzessionen geschlagen. Kein anderes Mittel ist dem neuen Aufmarsch der Arbeiter mehr gewachsen.

*Paul Barton, Pilsen (CSR)*

## IBFG-Botschaft an die tschechoslowakischen Arbeiter

Im Namen des IBFG wurde Ende 1951 über den Rundfunk eine Botschaft an die Arbeiter in der Tschechoslowakei gerichtet, in der die Gegner des derzeitigen Regimes aufgefordert wurden, sich als «offizielle» Kandidaten in den damals stattfindenden Betriebsrätewahlen aufzustellen zu lassen.

«Erstmalig seit Errichtung des stalinistischen Regimes», heißt es in dem Aufruf, «habt Ihr Gelegenheit, wenigstens die unteren Organe der Gewerkschaftsorganisation geheim zu wählen, die offiziellen Kandidaten abzulehnen und sie durch Eure eigenen Vertreter zu ersetzen. Gegenüber dem in wirklich freien Gewerkschaften üblichen Verfahren bedeutet das natürlich nicht sehr viel. Angesichts der